

Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein MdL
Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

4. Februar 2018

PRESSEMELDUNG 8/2018

„Verrenkungen bundesdeutscher Altparteien“

Standpunkt zu „Eklat um Nahost-Papier der GroKo“ („Bild-Zeitung“ vom 3.2.18)

Der Teufel liegt wie immer im Detail: Die Arbeitsgruppe „Außenpolitik“ hat im Rahmen ihrer Verhandlungen zur Großen Koalition für Unmut bei israelisch-jüdischen Lobbyorganisationen hierzulande gesorgt. Stein des Anstoßes ist der Passus zum Existenzrecht Israels, das natürlich bejaht wird, „nicht jedoch mit dem für uns Juden so wichtigen Zusatz als jüdischer Staat“, hält Elio Adler von der deutsch-jüdischen Werteinitiative fest. In dem an die Presse durchgestochenen Vorab-Papier fehlt also „der Kern der Verbindung zwischen Juden und Israel“, so Adler weiter.

Während sich nun SPD und Unionsparteien die Verantwortung für diesen angeblichen Fauxpas gegenseitig zuschieben und bereits verlautbart wurde, die Parteichefs werden hier noch einmal nachjustieren, bleibt eines festzuhalten: Natürlich ist Israel ein jüdischer Staat. Und er soll und darf dies auch bleiben.

Aber genauso wie israelisch-jüdische Organisationen auf diese Selbstverständlichkeit hinwirken und dies im Grunde auch seit Jahrzehnten „common sense“ regierungsamtlicher Bundespolitik ist, muß es auch selbstverständlich sein, daß Deutschland das Land der Deutschen ist und wir als AfD dafür eintreten, daß dies auch in Zukunft noch so sein wird!